

Innenpolitische Rundschau

Autor(en): **Spectator**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 12

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162389>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Agieren Washingtons in dieser Richtung leicht ins Gegenteil der beabsichtigten Wirkung umschlagen könnte. Auch zu Beginn der siebziger Jahre ist die konventionell und nuklear hochgerüstete Sowjet-

union die einzige den Vereinigten Staaten ebenbürtige Macht, deren Bewegungen weitgehend auch die Politik Washingtons bestimmen.

Fabius

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Leiden und Freuden eines Finanzministers

Bundesrat Celio ist gegenwärtig wohl der meistbeschäftigte unter unseren vielbeschäftigten Landesvätern und sieht sich dabei einer ausserordentlichen Summierung von „heissen Eisen“ gegenüber. Denn er hat nicht nur „seine“ Reform der Bundesfinanzordnung durchzufechten, sondern er musste auch in die Konjunkturpolitik einsteigen, weil er als Stellvertreter des erkrankten Demissionärs Bundesrat Schaffner noch zu dessen Amtszeiten dieses schwierige und undankbare Geschäft an die Hand zu nehmen hatte. Dabei ist ihm unterschiedliches «Schlachtenglück» beschieden.

Bei der *Konjunkturpolitik* wird er ganz ausgeprägt in schwerstes Kreuzfeuer genommen. Auf der einen Seite stehen die Vertreter der «reinen» Wirtschaftspolitik, das heisst jene, die es im Interesse der Gesamtwirtschaft als unerlässlich erachten, eine straffe Konjunkturpolitik zu entwickeln, auch wenn diese da und dort schwerer wiegende Wunden aufreissen sollte. Dazu gehören vor allem die Vertreter der Wirtschaftstheorie mit ihrem publizistischen Gefolge sowie Exponenten einzelner Bundesverwaltungszeige und der Nationalbank. Ihnen stehen die Sprecher der unmittelbar betroffenen Wirtschaftsgruppen gegenüber, die ihre eigenen Interessen mit allem Nachdruck zu verteidigen wissen. Bundesrat Celio, der «es» nicht nur im Kopf, sondern auch in den Fingerspitzen hat, suchte nach einem Mittelweg, der Dämpfung versprechen und

doch eine solide politische Basis erlangen sollte. Der Versuch dürfte, das zeichnet sich schon heute ab, zum Scheitern verurteilt sein. Darüber ist in der «Wirtschaftschronik» dieses Heftes mehr zu lesen.

Finanzpolitischer Achtungserfolg

Hat Bundesrat Celio im konjunkturpolitischen Bereich bisher also wenig Lorbeeren geerntet, so war er in seiner engeren Domäne, der Finanzpolitik, in letzter Zeit erfolgreicher. Und dies, obwohl sein Reformprogramm anfänglich unter einem schlechten Stern zu stehen schien: Als im November 1968 der erste Entwurf unter dem Stichwort «Anpassung der Einnahmen an den erhöhten Finanzbedarf» publiziert wurde, folgten ihm auf dem Fusse Abschlusszahlen der eidgenössischen Rechnung, welche die Vorlage als allzu pessimistisch erscheinen liessen. Bundesrat Celio zog die Konsequenzen und verlagerte den Akzent von der Mittelbeschaffung auf die mittelfristigen Probleme sowie auf die Linderung der kalten Progression bei der Wehrsteuer. Damit sollte einerseits die allmähliche Verschiebung der Anteile von direkten und indirekten Steuern korrigiert werden (1960 standen Warenumsatzsteuern und Zölle zur Wehrsteuer noch im Verhältnis von 4,5 zu 1; bei unveränderter Ordnung würde die Relation dagegen 1974 noch etwa 1,4 zu 1 betragen). Und andererseits sollte durch die Aufhebung der zeitlichen und materiellen Beschränkungen mit der ständigen Zeitnot aufgeräumt wer-

den, die zum Beispiel dazu geführt hat, dass bis heute noch keine Ausführungsgesetzgebung zustande gekommen ist.

Die Ausgangslage erschien auch nach diesen Korrekturen noch nicht gerade glänzend. Vor allem aus dem Lager der Konservativ-Christlichsozialen wurde zunächst heftige Kritik angemeldet. Einerseits hiess es, dass das «Programm Celio» nicht weniger überflüssig und fadenscheinig sei als das zuvor abgelehnte «Sofortprogramm Bonvin». Andererseits wurde aus dem gleichen Lager die Forderung laut, dass eine «definitive» Finanzordnung unter allen Umständen auch eine Neuregelung des Finanzausgleichs einschliessen müsse.

Inzwischen scheinen sich die Gemüter aber etwas beruhigt zu haben. Was den Finanzausgleich betrifft, so machte Bundesrat Celio klar, dass die Grundlagen für eine Reform noch nicht bereit sind; andererseits wurde ein Kompromiss gefunden, indem der Anteil der Kantone an der Verrechnungssteuer im Verlauf der Behandlung im Ständerat über den Antrag des Bundesrates hinaus von 8 auf 12 (statt auf 10) Prozent erhöht wurde. So fand sich in der Ständekammer eine Mehrheit, die wenigstens für eine Beseitigung der zeitlichen Beschränkungen zu haben war. Und die Kommission des Nationalrates ist nun gar noch weiter gegangen und hat die Vorlage des Bundesrates praktisch unverändert akzeptiert.

Damit ist natürlich noch nichts über das endgültige Schicksal der Vorlage entschieden. Schon im Nationalrat selbst ist noch einiges möglich, da nicht weniger als 12 Minderheitsanträge angemeldet sind. Vor allem aber hält es schwer, eine Prognose für die Volksabstimmung zu stellen. Der Gewerbeverband zum Beispiel hat seine Gegnerschaft schon mit Nachdruck angemeldet.

«Rote Herzen» in St. Gallen ...

Einigen Staub hat in der Berichtsperiode eine Affäre an der Kantonsschule St. Gallen aufgewirbelt. Es gehört mit ins Bild

unserer Zeit, dass besagter Staub ein publizistisches Ausmass annahm, das dem distanzierten Betrachter weit übertrieben schien, und dass der Staupilz dann verhältnismässig rasch wieder in sich zusammensank. Das Kernproblem allerdings bleibt der Diskussion nicht nur würdig, sondern ernstlich bedürftig. Denn die Wandlungen im Sexualverhalten der heutigen Jugend stellen nicht nur die Schulleitungen, sondern auch Eltern und Behörden vor neuartige Probleme, denen sie vielfach noch unvorbereitet und damit entsprechend ungeschickt begegnen. – Dass es im übrigen auch hier nicht an «gesellschaftsbewussten» Agitatoren fehlte, die sofort im Trüben zu fischen suchten, stellt kaum noch eine Überraschung dar. Dabei ist festzuhalten, dass sich die Kantonsschüler selbst alle Mühe gaben, sich von derartiger «Führerschaft» zu befreien und zu distanzieren. Das ist heutzutage bereits keine Selbstverständlichkeit mehr.

... und in Genf

«Rote Herzen» schlugen im Februar auch in Genf. Die Stimmbürger der Calvinstadt – genauer: 24,36 Prozent von ihnen – hielten es in ihrer Mehrheit für richtig, mit Nationalrat Dafflon einen Kommunisten in ihre Exekutive zu berufen. Es wird sich in den bevorstehenden Wahlen in die Waadtländer Regierung zeigen, ob das Resultat in Genf ein «Ausrutscher» war oder ob es sich um einen Trend handelt; denn dort kandidiert mit Nationalrat Forel ebenfalls ein Kommunist, und dies nicht mit schlechten Aussichten. So oder so wird man sagen müssen, dass die Hauptverantwortung bei einer Stimmbürgerschaft liegt, die ihre staatsbürgerlichen Pflichten zu wenig ernst genommen hat. Dafflon wurde weniger von der aktiven «Volksfront» der Linken als vielmehr vom passiven, nur zum kleinen Teil stimmenden Bürgertum ans Steuerruder befördert.

Von parteipolitischem Interesse

Das Ja des Schweizervolkes zum Zuckerbeschluss kann verschieden interpretiert

werden. Dass die Landwirtschaft darin ein Votum zur heutigen Agrarpolitik sieht, ist verständlich und wohl auch nicht ganz abwegig. Ebenso wenig ist aber von der Hand zu weisen, dass die Abstimmung auch parteipolitische Akzente hatte. Der Landesring machte sich zum Sprecher der Konsumentenschaft und nahm unter dieser volkstümlichen Flagge den Kampf gegen alle andern Parteien auf. Es ist typisch für die gegenwärtige politische Situation, dass seine «Niederlage» einer Überraschung gleichkam; so sehr ist in solchen Fragen das Selbstvertrauen der andern Gruppen angeschlagen. Aus dem Resultat weitergehende Schlüsse in bezug auf den «Landesring-Trend» zu ziehen, wäre indessen verfehlt.

Massenmord

Noch steht nicht mit letzter Sicherheit fest, dass die Flugkatastrophe von Würenlingen auf einen *arabischen* Anschlag zurückzuführen ist. Doch deutet alles auf Sabotage hin. Und es ist schwer vorstellbar, dass das Unglück nicht in den Zusammen-

hang der Nahost-Krise hineingehört. Zum zweitenmal ist unser Land damit zum «Kriegsschauplatz» ausersehen worden. Lief der erste Anschlag auf eine israelische Maschine noch glimpflich ab, so sind nun Dutzende von Unschuldigen getroffen worden. Die Terrortätigkeit hat damit Dimensionen erreicht, die ganz einfach ungeheuerlich sind.

In dem ruchlosen Vorgehen wird spürbar, welches Ausmass an Hassgefühlen sich unter den Arabern angesammelt haben muss. Diese Emotionen unter Kontrolle zu bringen, ist wohl ein hoffnungsloses Unterfangen. Erklärungen und Demarchen nützen also nichts. Man wird sich deshalb darauf einzurichten haben, unsere Luftverkehrswege in den Nahen Osten weiterhin unter kriegsähnlichen Zuständen offenhalten zu müssen – eine Aufgabe, die zu lösen sein sollte, auch wenn dies nerven- und kräfteverzehrend sein mag. Etwas anderes kommt nicht in Frage, schon gar nicht eine Kapitulation vor den Arabern und ihren Machenschaften.

Spectator

WIRTSCHAFTSCHRONIK

Das schweizerische Konjunkturdämpfungsprogramm

Der Bundesrat hat zu Beginn dieses Monats in einer Botschaft das schon lange erwartete Paket von Massnahmen angekündigt, das im Blick auf eine leichte *Abkühlung* der überhitzten Wirtschaftslage ergriffen werden soll. Diese Massnahmen sollen die bereits in Kraft befindlichen Kreditrestriktionen ergänzen, die auf Grund des zwischen der Notenbank und der Bankiervereinigung bestehenden Rahmenabkommens getroffen wurden. Im Mittelpunkt des bundesrätlichen Dämpfungsprogrammes steht die Erhebung eines *Exportdepots* von 5% des Fakturawertes

der exportierten Waren, das seither heftig umstritten wird. Die übrigen Massnahmen demonstrieren den *Willen* der Regierung, den gegenwärtig im Gang befindlichen Boom wenigstens etwas unter Kontrolle zu bringen, ohne dass ihnen aber von der materiellen Wirkung her betrachtet eine sehr grosse Bedeutung zugesprochen werden könnte. Es handelt sich dabei:

- um Anstrengungen, die *öffentlichen Ausgaben* zu bremsen; der Bund hat zwar bereits ein ausgeglichenes Budget für 1970 vorgelegt. Kantone und Gemeinden aber weisen insgesamt noch beträchtliche Defizite auf.
- um *Sparmassnahmen* im öffentlichen